



Jörg Bruchmüller

- **Wir sind ein unparteiischer Garant für Demokratie und Menschenrechte.**
- **Mit Offenheit und Ehrlichkeit schaffen wir Vertrauen.**
- **Wir sorgen für ein gutes Betriebsklima und tragen zur Arbeitszufriedenheit bei.**
- **Wir sind partnerschaftlich und bereit für offene Gespräche.**
- **Wir machen Entscheidungen transparent.**
- **Objektivität und gesunder Menschenverstand sind für uns unverzichtbar.**
- **Wir hören zu und begegnen allen mit Höflichkeit und dem Respekt, den wir auch erwarten.**
- **Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant.**
- **Wir vertrauen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und erkennen Leistung an.¹**

Wir erinnern uns: Die hessische Polizei hatte sich vor Jahren ein neues Leitbild auf die Fahnen geschrieben.

„Das Leitbild soll der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten als Orientierung dienen und die Identifikation mit der Aufgabe fördern, den Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern als Zentrum des Handelns der Polizei zu begreifen.“²

¹Auszug aus dem Leitbild der Hessischen Polizei

²(Textauszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags zwischen SPD & Bündnis 90/Die Grünen, 1995–1999)

Führungskult(-ur)

Wo stehen wir heute? Wie sieht die Realität aus? Wie ist es bestellt mit der Zufriedenheit in der hessischen Polizei?

Die gesellschafts-politische Dimension

In Zeiten, in denen sich Spitzenpolitiker ungeniert über Urteile des Verfassungsgerichtes hinwegsetzen, indem sie im Bedrohungsfall den Abschluss von Passagiermaschinen fordern oder apokalyptische Terrorszenarien in der Öffentlichkeit vorher-sagen und den Einsatz der Bundeswehr im Inneren fordern, müsste die oberste Polizeiführung in besonderer Weise gefordert sein, **besonnen mit Fach- und Führungskompetenz** diesen verbalpolitischen Exzessen und Irrwegen entgegen-zusteuern. Als Garant für die Einhaltung von Recht und Demokratie muss es für die Polizei sogar besondere Verpflichtung sein, diesem ignoranten Verhalten von Politikern zu begegnen.

Die Binnenstruktur

Der Unmut bei den Polizei-beschäftigten war noch nie so groß. Bei vielen Gesprächen auf den Dienststellen höre ich zu-nehmend Aussagen wie: „Das ist nicht mehr meine Polizei.“

Auf Nachfragen, auch andernorts, höre ich Klagen über eine frostige Arbeitsatmosphäre, die überwiegend geprägt ist von Arbeitsdruck, Vertrauensbruch und dirigistischem Führungsverhalten von Vorgesetzten. Dabei haben Begriffe wie Angst, Einschüchterung und Misstrauen Konjunktur. Soweit zu den subjektiven Befindlichkeiten.

Objektiv wahrnehmbar ist, dass die Führungsebene in den Polizei-präsidien nicht unbedingt das un-

eingeschränkte Vertrauen des Landespolizeipräsidiums genießt. Wie ist es sonst zu erklären, dass vorbei an Präsidenten und Direktoren zentrale Vollversammlungen von Stations-, Revier- und Kommissariatsleitern abgehalten werden, um die mittlere Führungsebene auf Kurs zu bringen. Möglicherweise wird künftig in der Commerzbank-Arena die nächste landesweite Personalver-sammlung abgehalten?

Dabei muss zwangsläufig die Frage erlaubt sein, welche Rolle der höhere Dienst dabei noch haben darf. Bei einer zentralen Führung aus Wiesbaden wären viele Führungspositionen ent-behrlich! Weil das Ergebnis von Entscheidungen regelmäßig schon vorher feststeht? Wir brauchen mehr denn je verantwortungsbewusste und (charakter-)starke Führungskräfte, die mit sozialer Kompetenz Führungsaufgaben wahrnehmen!

Es wäre aus meiner Sicht fatal, wenn sich das Selbstverständnis des Landespolizeipräsidenten nur darauf beschränken würde, (spar-)politischen Diktaten gerecht zu werden.

Er trägt soziale und personelle Verantwortung gegenüber allen Polizeibeschäftigten. **Dies verlangt auch, Beschäftigteninteressen bei der Politik einzufordern und nicht nur „deren erster Diener“ zu sein.**

Es geht auch anders!

Gerne zitiere ich an dieser Stelle den Landespolizeipräsidenten i. R. Dr. Alfred Stümper aus Baden-Württemberg, von dem bekannt ist, dass er sich stets vor die Mannschaft stellte und der Politik gegenüber nicht nur konformistisch, sondern auch kritisch begabete, wenn es geboten war: „... Die Polizei ‚zerbröselte‘ mehr und mehr: Der reale Einsatzwert sinkt ab, die eigene ‚Nabelschau‘

mit einer Unmenge interner Verwaltungsarbeit nimmt zu und das innere Gefüge korrodiert, d. h. Motivation verkümmert, inneres Gefüge löst sich auf. ... So lobenswert es ist, den Leistungsgedanken in unsere Personalstruktur und in das Besoldungssystem einzubringen, so gilt es jedoch stets daran zu denken, dass es noch etwas viel, viel Wichtigeres gibt, nämlich den inneren Frieden, den Zusammenhalt oder – wie wir Alten früher sagten – die Kameradschaft. Und ich habe die ganz große Sorge, dass noch so gutgemeinte Versuche, die Leistungsbereitschaft zu fördern, sehr leicht dazu führen könnten, diesen inneren Zusammenhalt zu gefährden, die innere Harmonie auf Dauer zu stören, ja vielleicht sogar mehr Misstrauen, Neid, Zwietracht in die Beamtenschaft hineinzutragen.“

Das wichtigste Kapital eines Unternehmens/einer Behörde sind die Mitarbeiter. Wer dieses Kapital nur als „notwendiges Übel“ betrachtet, führt mittel- bis langfristig ein Unternehmen/eine Behörde in den Konkurs. Nach meiner Auffassung ist es umso wichtiger, die Grundsätze des kooperativen Führungssystems anzuwenden und vorzuleben. Dabei sind Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und Toleranz elementare Grundlagen. In diesem Sinne werden motivierte Kolleginnen und Kollegen die von den Bürgerinnen und Bürgern erwünschten Dienstleistungen erbringen!

Wir brauchen keinen Führungskult, wir brauchen eine Führungskultur, getragen von den Grundsätzen und Idealen unseres selbst erarbeiteten Leitbildes. Wir brauchen eine selbstbewusste und demokratische Polizei, mit verantwortungsbewussten und (sozial) kompetenten Führungskräften, die nach dialektischem Prinzip interne Kritik und konstruktive Beratung auch zulassen. Zivilcourage und Anstand sind dafür unerlässlich.

Jörg Bruchmüller

Zusammenarbeit: NEIN Danke!?

Die Polizei ist das Spiegelbild der Gesellschaft, wir heben uns also nicht sonderlich ab. Auch bei uns ist sich jeder selbst doch einfach der Nächste und auch hier existiert eine stille Klassengesellschaft.

Doch fraglich ist es, ob bei solch einem breiten Aufgabenfeld, das wirklich die beste Taktik ist, die wir da fahren. Oder ob wir mit einem Stück mehr Zusammenarbeit und Akzeptanz nicht viel größere Erfolge erzielen könnten.

Ob wir nun in der grünen/blauen Uniform, dem Einsatzanzug oder Zivil herumlaufen. Wir fallen doch alle unter einem Begriff in der Öffentlichkeit: **Die POLIZEI.**

Wie die Öffentlichkeit allerdings die Polizei sieht, hängt von unserer Arbeit ab.

Jeder hat für sich seinen Aufgabenbereich und deshalb auch

das bessere Können oder zumindest die meiste Erfahrung in seinem Sachgebiet.

Allerdings überschneiden sich die Aufgabenfelder untereinander und dann fängt es an: Die Zusammenarbeit oder auch das Kompetenzgerangel. Dadurch wird das bestmögliche Ergebnis vielleicht doch öfters mal verfehlt. Wer sich bis hier mit diesem Artikel nicht angesprochen fühlt, dem sei gratuliert, sie scheinen eine gute, zufriedene Zusammenarbeit zu genießen.

Gemeinsames Zusammenwirken

Zusammenarbeit bezeichnet in der Regel ein bewusstes, gemeinsames Zusammenwirken zur Erreichung eines Zieles. Leider kommt bei uns oft das Gefühl auf, dass man untereinander nicht ernstgenommen wird oder auf Grund von Vorurteilen nicht miteinander arbeiten kann.

Schlimm ist es, wenn es schon in der eigenen Dienstgruppe nicht klappt. Natürlich gibt es überall die so genannten schwarzen Schafe in einer Truppe. Allerdings sollte man denen nicht zu viel Raum geben, sondern klar sagen, was man von einem Kollegen erwartet. Ein kleiner Tipp: Nicht jeder ist für den Polizeiberuf geeignet, egal welche Art von Schulterklappen er trägt. Zumindest sollte das schwarze Schaf nicht an der eigenen Motivation knabbern.

Jeder Anfang ist schwer und der Anfang bei der Polizei ist die Bereitschaftspolizei. Ob sinnvoll oder nicht sei ein anderes Thema. Aber die Bereitschaftspolizei existiert und die Kollegen die dort arbeiten sind im Gegensatz zu manch anderen Kollegen hoch motiviert. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel.

Das Traurige ist nur, dass einem diese Motivation, spätestens bei dem ersten Konzeptionseinsatz, genommen wird.

Voller Erwartung fährt man auf ein Revier, durch das man angefordert wurde. Dort angekommen hört man folgende Sätze:

- *Wer seid ihr denn?*
- *Wir haben euch nicht angefordert.*
- *Was sollt ihr denn hier machen?*
- *Wir wussten nicht, dass ihr kommt.*
- *Setzt euch erst mal in den Raum da.*

Die Motivation schwindet und man fühlt sich wie bestellt und nicht abgeholt. Das Ganze wird dadurch gesteigert, eine geschlagene Stunde sitzengelassen zu werden und noch nicht einmal einen Kaffee angeboten zu bekommen. Die eigenen Kollegen lassen einen hier spüren, das eine Zusammenarbeit nicht erwünscht ist. Dementsprechend wird jeder „Bepoist“ froh sein, dieses Revier nach dem Einsatz wieder zu verlassen und vor allem dieses Revier in sehr guter Erinnerung zu behalten.

Der weitere Weg ist die nächste Dienststelle. Das Komplex kommt jetzt. Ist dort mal ein Konzeptionseinsatz mit der Bereitschaftspolizei angesetzt, ist es schon so weit, dass man angenervt von „denen“ ist. Dabei hat man noch vor kurzem selber dazu gehört und sich geärgert, dass man kaum bis gar nicht als Polizist/Polizistin akzeptiert wurde.

Das Blatt hat sich gewandelt. Jetzt ist man bei der richtigen Polizei. Sei es ein Verkehrsunfall, häusliche Gewalt oder ein klassischer Raub. Der Streifenpolizist ist meist immer der erste vor Ort und muss deshalb auch die ersten wichtigen Entscheidungen treffen.

Der Streifenpolizist befasst sich hauptsächlich mit dem ersten Angriff und gibt später den Vorgang ab, sei es an die Ermittlungsgruppe oder eben dem zuständigen Kommissariat.

Was das Kommissariat oder auch die Ermittlungsgruppen

vergessen: Auch ein Streifenpolizist hat vielleicht eine Menge in einen Vorgang reingesteckt und auch weiterhin Interesse an diesem Vorgang. Nicht immer gilt hier das Motto: „A schlägt B, den Rest macht die DEG!“. Aber da man meist keine Ahnung von der Arbeit des anderen hat, versteht man vielleicht manche Arbeitsweise auch nicht so.

Fehler in der Kommunikation

Aber auch hier besteht eine große Distanz zwischen den Kommissariaten und der Schicht. Anstatt mal nachzufragen, warum ein bestimmter Vorgang einfach geschlossen wurde, wird wild spekuliert, wie faul doch die Kollegen sind. Das ist dann wohl ein Fehler in der Kommunikation, welche übrigens einer unserer wichtigsten Einsatzmittel ist, auch untereinander. Rückmeldung tut doch jedem gut.

Eines der größten Probleme bei der Polizei besteht darin, dass sich jeder nur mit dem Revier, mit der Dienststelle, mit der Polizeidirektion, ..., identifiziert, in der er sich gerade befindet.

Dabei vergisst er allerdings die Kollegen um sich herum. Die jeden Tag auch eine notwendige und wichtige Aufgabe für die innere Sicherheit erfüllen.

Wünschenswert wäre, dass wir einmal die alteingesessenen Vorurteile beiseite legen und ein Stück mehr einen gemeinsamen Weg gehen.

Vielleicht nach dem Motto: Zusammenarbeit JA bitte!
Nicole Mannert

HINWEIS

Redaktionsschluss für die Ausgabe „Januar 2008“ ist am **Freitag, 30. 11. 2007.**



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

KUNDGEBUNG UND WARNSTREIKS

Wer nicht handelt, wird behandelt

3000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes bei Demonstration in Wiesbaden

„Hessen ist, zumindest was den öffentlichen Dienst betrifft, ein Land der Sünde“, rief der kampfeslustige DGB-Chef Michael Sommer bei der Demonstration der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Wiesbaden den rund 3000 Demonstrantinnen und Demonstranten zu. Roland Koch gebärde sich als absolutistischer Feudalherr. Er habe mit dem Beamtenbund ein Lohndiktat für die Beamten/-innen in Hessen ausgehandelt, und er wolle dieses Ergebnis nun per Gesetz auf die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes übertragen. Ein Vorgang, den es in der Geschichte des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben habe. „Was hier in Hessen passiert, hat bundesweite Bedeutung. Wir werden nicht zulassen, dass das hier passiert“, ereiferte er sich und die Demoteilnehmer antworteten mit lauten „Koch-muss-weg“-Rufen und Pfeifkonzerten. Die DGB-Gewerkschaften seien von den „Verhandlungen“ ausgeschlossen worden, „weil wir auf keinen Fall für Schmierentheater zur Verfügung stehen“.

Die DGB-Gewerkschaften GdP, ver.di, GEW und BAU hatten am 26. September die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes mobilisiert und zu Warnstreiks aufgerufen. Warnstreiks gab es unter anderem in Kassel, Frankfurt und Gelnhausen. Die Abschlusskundgebung fand auf dem Dern'schen Gelände in Wiesbaden statt. Dabei war die GdP, auch unterstützt von Abordnungen aus anderen Bundesländern, stark vertreten. Auffallend waren dabei die neuen „Krawallmacher-T-Shirts“ und die fantasievoll gestalteten „Nicht-Uniformen“.

Koch hebelt Grundrechte aus

Was hier geschehe, wertete Sommer als Angriff auf demo-

kratische Grundwerte. Die Regierung Koch versuche, das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit nach Art. 9 (3) des Grundgesetzes außer Kraft zu setzen. „Das ist eine Kriegserklärung an die parlamentarische Demokratie“.

Hier erfolge eine Refeudalisierung des öffentlichen Dienstes, ein Ende der Tarifautonomie nach dem Motto „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen. Solche Sprüche gehören auf den Friedhof und nicht in die Tarifpolitik“. Michael Sommer forderte Roland Koch auf, wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren.

Streiks sind möglich

„Magerspeisen“ nannte ver.di-Landesvorsitzender Jürgen Bothner das, was die Landesregierung per Gesetz den Tarifbeschäftigten verordnen wolle. „Offensichtlich geht es unserem Ministerpräsidenten darum, Gewerkschaften und Beschäftigte in die Knie zu zwingen“.

Streiks seien „durchaus möglich“, warnte Barbara Dietz-Becker (GEW) die Landesregierung. Sie solle nicht vergessen, dass die Zahl der angestellten und nicht verbeamteten Lehrer immer größer werde.



Opposition: Zurück in die TdL

In Grußbotschaften hatten Tarek al Wazir (Grüne), Andrea Ypsilanti (SPD), beide waren bei der Demo mit zahlreichen Landtagsabgeordneten ihrer Partei vertreten, und Willi von Ooyen (Linke) das Tarifdiktat der Landesregierung abgelehnt. Bei einer Regierungsübernahme werde Hessen wieder der Tarifgemeinschaft der Länder beitreten und die 42-Stunden-Woche abschaffen, versprachen die Oppositionspolitiker. „Wir werden Euch daran erinnern, wenn Ihr an die Regierung kommt“, rief Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender und Moderator der Veranstaltung, den Politikern unter dem Beifall der Demonstranten zu.

„Wir brauchen mehr Kolleginnen und Kollegen, mehr Krawallmacher, würde Herr Minister Bouffier sagen, die gegen die Politik dieser Landesregierung demonstrieren“, forderte der GdP-

Bundesvorsitzende Konrad Freiberg in einer zündenden Rede.

Wer nicht handelt, wird behandelt

Er findet es unglaublich, dass dieser Innenminister Beschäftigte, die von ihrem Grundrecht der Demonstrationsfreiheit Gebrauch machten, als Krawallmacher bezeichnet habe. „Was bildet sich dieser Innenminister bloß ein? Welches Bild eines Polizisten hat er eigentlich?, fragte Freiberg und konterte mit einem Satz, der mit lautem Gelächter kommentiert wurde. „Herr Minister Bouffier, ich wollte mich eigentlich geistig mit ihnen duellieren, aber ich habe festgestellt, sie sind unbewaffnet.“ Konrad Freiberg geißelte aber auch die Untätigkeit vieler Beschäftigter des öffentlichen Dienstes und warnte sie: „Wer nicht handelt, wird behandelt“.

Fortsetzung auf Seite 4



Blick in die Menge.

Fortsetzung von Seite 3

Gerechter Anteil für öffentlichen Dienst

Freiberg verlangte für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen gerechten Anteil an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Das müsse in einem reichen Land wie Deutschland möglich sein. Die Wirtschaft boome, die Gewinne der Unternehmen stiegen, die Managergehälter stiegen sogar ins Unermessliche, die Steuerquellen sprudelten und der Staat bekomme mehr Geld. Im Gegensatz dazu seien die Realeinkommen der Arbeitnehmer/-innen in den vergangenen Jahren gesunken. Die Kluft zwischen Arm und Reich werde immer größer. Millionen Menschen seien arbeitslos, hätten keine Perspektive und noch mehr Menschen hätten Angst um ihren Arbeitsplatz, um ihre bescheidene Existenz.

Armut macht sich breit

Konrad Freiberg nannte die Missstände beim Namen. „7,4 Millionen Menschen sind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen mit einem Regelsatz von 347 Euro im Monat. Das ist jeder neunte Bürger unter 65 Jahren. Auch der öffentliche Dienst ist nicht verschont. Laut Angaben der Bundesagentur für Arbeit er-

halten 13 000 Arbeitnehmer/-innen des öffentlichen Dienstes trotz ihres Erwerbseinkommens ergänzende staatliche Transferzahlungen. 1,9 Millionen Kinder beziehen Unterstützung aus Hartz IV. Das sind 370 000 mehr als vor zweieinhalb Jahren. Reiches Land – arme Kinder. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter vergrößert. Galten 1998 noch 12,1 Prozent der Bevölkerung als arm, hat sich diese Zahl nun auf 13,5 Prozent erhöht“.

Gesellschaftliche Eliten versagen



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg.

Freiberg warf den gesellschaftlichen Eliten Versagen vor. Manager von Großkonzernen seien in ihrem Verhalten „maßlos und verantwortungslos“. Sie verbän-



den die Bekanntgabe von Milliardengewinnen ihrer Konzerne mit der Ankündigung der Vernichtung tausender Arbeitsplätze. Das Perverse daran sei, dass dadurch die Aktienkurse stiegen. So ein Verhalten sei „skrupellos und unerträglich“ angesichts der Tatsache, dass die Gewinne und Vermögenseinkommen in den vergangenen vier Jahren um 25 Prozent gestiegen seien, die Arbeitnehmer/-innen aber Realeinkommensverluste hätten hinnehmen müssen. „Die Dividenden-Ausschüttung der 950 Aktiengesellschaften ist im vergangenen Jahr mit 30 Milliarden Euro um fast 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In den letzten acht Jahren haben sich die Einkommen der Vorstände in den 30 DAX-Unternehmen verdoppelt. Allein im vergangenen Jahr haben sich ihre Bezüge um 16,9 Prozent erhöht. Je Vorstandsmitglied beträgt die Jahresvergütung rund 1,8 Millionen Euro. Der Vorstandsvorsitzende von RWE hat 16,5 Millionen Euro erhalten. Die Manager dieser Konzerne bekommen das 200- bis 300-fache Gehalt eines Facharbeiters. Sie bekommen es, aber sie haben es nicht verdient“, klagte Freiberg dieses Missverhältnis an.

Habgier macht sich breit

Konrad Freiberg war aber noch nicht fertig mit der kapitalistischen Elite, denen er eine gesteigerte Habgier vorwarf. Deut-

lich machte er das am Beispiel von Renten und Pensionsansprüchen von Managern. „Der E.on-Chef erhält 868 000 Euro Rente jährlich. Der TUI-Chef erhält 720 000 Euro jährlich. Der Ex-EnBW-Chef Utz Claasen hat mit 44 Jahren freiwillig seinen Vorstandsposten geräumt. Bis zur gesetzlichen Altersgrenze von 63 Jahren erhält er vom Unternehmen 19 Jahre lang über 400 000 Euro im Jahr“.

Nicht Klassenkampf – Gerechtigkeit

Diese Leute predigten Verzicht und steckten sich die Taschen voll, prangerte Freiberg dieses Verhalten an und setzte mit dem Hinweis auf Hedgefonds (Heuschrecken) noch eins drauf. Sie kauften deutsche Traditionsunternehmen, ohne Rücksicht auf das Produkt oder die Beschäftigten oder gar regionale oder nationale Interessen. Sie zerlegten die Firmen, vernichteten Arbeitsplätze, drückten Löhne auf Armutsniveau und verkauften die Firmen wieder. Nur der Profit sei für diese Hedgefonds interessant. Die verantwortlichen Manager, die dahinter steckten, drückten sich vor der sozialen Verantwortung. Die, die sich im Rampenlicht unserer Gesellschaft befänden, hätten leider vielen Menschen den Verstand vernebelt und behaupteten: „Die Löhne sind zu hoch, die Menschen ar-

KUNDGEBUNG UND WARNSTREIKS

beiten zu wenig und der Sozialstaat ist zu teuer“.

Es gehe den Gewerkschaften heutzutage nicht um Klassenkampf, sondern um Gerechtigkeit, hob Freiberg hervor. Laut Bundesarbeitsministerium verdient Arbeitnehmer/-innen in Deutschland so wenig wie seit 20 Jahren nicht mehr.

„Der durchschnittliche Netto-Monatslohn ist auf 1320,42 Euro gesunken“.

Als Gründe nannte der GdP-Vorsitzende:

- Der Staat greift immer dreister in die Taschen der Arbeitnehmer/-innen.
 - Die Unternehmen sparen immer mehr bei den Löhnen.
 - Die Teuerungsrate überholt die Lohnentwicklung.
- Jetzt müsse Schluss sein mit dem Verzicht, mit der Bescheidenheit, rief er den Demonstrationsteilnehmer/-innen zu.

„Auch wir wollen unseren gerechten Anteil am Wirtschaftswachstum, an der allgemeinen Einkommensentwicklung“.

Tausende von Stellen gestrichen

Freiberg bezweifelte nicht die schwierige Haushaltslage von



Nachwuchsdemonstrant.

Bund, Ländern und Gemeinden. Die Defizite seien aber nicht entstanden durch steigende Personalausgaben, sondern durch wegbrechende Einnahmen. Seit 1999 seien im öffentlichen Dienst von Bund und Ländern mehr als eine



Teilnehmer: In einem Meer aus GdP-Fahnen befanden sich auch viele Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern, die selbstverständlich ihre Uniform trugen.

Million Stellen abgebaut worden.

- Mehr als 10 000 Stellen wurden in der Jugendarbeit gestrichen.
- Ein Viertel der Jugend- und Freizeitangebote ist weggefallen.
- 50 000 Pflegestellen in den Krankenhäusern wurden nicht mehr besetzt.
- 10 000 Polizistenstellen wurden bundesweit gestrichen.
- 7000 Stellen sind im Tarifbereich weggefallen.

„1999 gab es in Hessen im öffentlichen Dienst noch 160 000 Beschäftigte. Heute sind es 125 000. Das ist eine Reduzierung um mehr als ein Fünftel“.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hätten ein Recht darauf, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben. Es habe in einzelnen Branchen bereits tragfähige Tarifabschlüsse gegeben, 3,6 Prozent in der Chemie, 4,1 im Metallbereich und 4,5 Prozent bei der Bahn. „Das muss für uns die Leitschnur sein“.

Ablehnung des Besoldungsdiktats

Es gehe nicht an, dass die hessische Landesregierung in einer Nacht- und Nebelaktion mit

„ihrem Partner“, dem Hessischen Beamtenbund, ein Besoldungsdiktat für Beamt/-innen vereinbare:

- **Beibehaltung der 42-Stunden-Woche,**
- **lineare Erhöhung von 2,4 Prozent und**
- **Einmalzahlung von 15 Prozent eines Monatseinkommens.**

„Dieses Besoldungsdiktat lehnen wir ab. Wir sind keine Knechte von Ministerpräsident Kochs Gnaden. Wir wollen freie Verhandlungen mit den Gewerkschaften“.

Koch und sein Gehilfe Walter Spieß vom Beamtenbund woll-



Jörg Bruchmüller (Bildmitte) neben seinem „Amtsbruder“ Hugo Müller aus dem Saarland (links).

ten dieses magere Ergebnis per Gesetz auch auf die Tarifbeschäftigten übertragen, ein bisher einmaliger Vorgang in Deutschland, stellte Freiberg fest. 2,4 Prozent solle es für die nächsten fünf Jahre geben.

„Das ist nicht einmal ein halbes Prozent Lohnsteigerung pro Jahr“.

Alle anderen Bundesländer (Ausnahme Berlin) hätten ab 1. Januar 2008 eine Steigerung von 2,9 Prozent vereinbart, bei kürzerer Laufzeit und kürzerer Arbeitszeit. **„Was die Regierung Koch da vorhat, ist ein unverschämtes Tarifiediktat, ein Betrug an den Beschäftigten und ein Angriff auf die Tarifautonomie.“**



Ein Plakat sagt mehr als tausend Worte.

Fortsetzung auf Seite 6

Cops-Afterworkparty auf der „Robert Stolz“

Eine Stunde nach Schichtenende, kurz nach 20 Uhr, hieß es mit knapp 150 Passagieren an Bord „Let’s party und Leinen los!“.

Auf dem Rheinschiff „Robert Stolz“ fand am 13. September die erste COPS-AFTER-WORKPARTY statt.

Das Wetter war an diesem Tag auf unserer Seite und der Wettergott bewies, dass er einer von „uns“ ist.

Von der Anlegestelle der Wasserschutzpolizei in Mainz-Kastel nahmen wir Kurs auf Nierstein und zurück.

Hessenweit wurde hierzu eingeladen. Unsere neuen Kolleginnen und Kollegen des Grundstudiums, die Anfang September ihren ersten Tag bei der hessischen Polizei hatten, waren ausnahmslos eingeladen.

Für Mitglieder war die Schifffahrt kostenlos, Nichtmitglieder zahlten einen Kostenbeitrag in Höhe von zehn Euro. Das erste Getränk gab es gratis dazu! Wo Polizeibeamte feiern, gibt es



Alles an Bord und Leinen los.

auch immer etwas zum Essen. Durch die in Wiesbaden und Umgebung bekannte DJ Silvia wurden die Hits und Schlager der letzten 50 Jahre gespielt. Kein Musikwunsch wurde ausgelassen. Für jeden Personenkreis war etwas dabei.

Auf dem Schiff begegneten sich Generationen, denn die Neugier und Lust am Feiern und Tanzen ließ sich manch ein Pensionär nicht nehmen.



Partystimmung

Fortsetzung von Seite 5

Wir lehnen ein Besoldungsdiktat und ein Tarifdiktat ab“, rief Freiberg der Beifall klatschenden Menge zu.

Die Kollegen/-innen des Beamtenbundes bat er, sich nicht zu einer Vorfeldorganisation der Landesregierung machen zu lassen. Das sei Verrat an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Hessen, sei ein Weg in die Sackgasse. „Kehrt um“, rief er ihnen zu.

„Kommt und reht euch bei uns ein. Lasst uns gemeinsam für die Interessen der Beschäftigten kämpfen“. Norbert Weinbach



Bord war ganz oben. Immer wenn es am besten ist, geht die Party zu Ende. Gegen 00.30 Uhr war wieder Ankunft in Mainz-Kastel. Antonio Pedron

Links: Gut besucht war die erste Cops-Afterworkparty. Unten: Die „Robert Stolz“



BEZIRKSKONFERENZ DER GdP-MITTELHESSEN

Politiker stehen Rede und Antwort

Am 20. September 2007 befassten sich die Delegierten der GdP-Mittelhessen auf der 18. Delegiertenkonferenz in Kleinlinden mit der Zukunft ihrer GdP.

Nachmittags fand unter Leitung des ehemaligen Polizeipräsidenten Manfred Meise eine Podiumsdiskussion statt, zu der Vertreter aller Landtagsfraktionen gekommen waren.

Anfangs konnten die Vertreter der Parteien zu ihren **geplanten Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit** Stellung beziehen.

„Zu wenig Polizei“ stellten alle Fraktionsvertreter fest und kündigten eine kräftige Personalaufstockung an. Von 500 im kommenden Jahr (CDU) bis hin zu 500 zusätzlichen Stellen in den kommenden fünf Jahren (SPD) legten sich die Politiker in ihren Vorstellungen fest. Jörg-Uwe Hahn (FDP) fragt sich, ob die Bereitschaftspolizei in ihrer derzeitigen Struktur erhalten bleiben muss und richtet in diesem Zusammenhang den Blick nach Nordrhein-Westfalen, die ihre Bepo dezentralisiert haben.

Jürgen Frömmrich (Grüne) will mehr Ruhe in der Polizei. Wer jeden Tag eine neue „Sau“ durchs Dorf treibt, muss sich nicht wundern, wenn sich innerhalb der Polizei eine gewisse Unruhe breitmacht.

In der sich anschließenden Diskussion wurden überwiegend Fragen zu Versorgung und Entlohnung gestellt.

Günter Rudolph (SPD) sagte, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Hessen mittlerweile 16 Prozent Einkommenseinbußen hinnehmen mussten.

Spannend wurde es in der Frage der 42-Stunden-Woche und der Frage nach einer Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Bekanntermaßen fordern dies SPD und Grüne, während CDU und FDP den hessischen Alleingang verteidigten.

Auch bei den Fragen zum **Hessischen Personalvertretungsrecht** und den reduzierten Mitbestimmungstatbeständen haben die politischen Vertreter deutlich unterschiedliche Auffassungen.

Während Günter Rudolph (SPD) und Jürgen Frömmrich



PODIUMSDISKUSSION: v. l.: Harald Dobrindt, Günter Rudolph (SPD), Hans-Jürgen Irmer (CDU), Manfred Meise, Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen), Jörg-Uwe Hahn (FDP).

(Grüne) keine mitbestimmungsfreie Zone in Hessen wollen und versprachen, die Rechte der Personalräte zu stärken, sprach Hans-Jürgen Irmer (CDU) von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und sieht gemeinsam mit Jörg-Uwe Hahn (FDP) hier keinen Handlungsbedarf.

In der Frage zur Lebensarbeitszeitverlängerung hat die GdP klar strukturierte Positionen erarbeitet, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Lothar Hölzgen. Diese orientieren sich an den besonderen Belastungen unseres Polizeiberufes. Hier werden wir mit Nach-

druck die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen vertreten.

„Personalratsarbeit im Kerngeschäft macht man nicht nebenher“, war die letzte deutliche Ansage an die Politiker. Wer in der Phase einer selbst propagierten, erforderlichen Modernisierung des Staates den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Gefühl vermittelt, sie seien in dieser Entwicklung eher hinderlich, unterschätzt Gestaltungskraft und Willen der Personalräte und der Gewerkschaften.

Lothar Hölzgen

BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Abschlussübung des Basis-Seminars

Nichts erlernt sich ohne Übung, Anleitung und Training!

Dieser Satz gilt besonders für das erforderliche Zusammenspiel geschlossener Einheiten.

Um die, nach Abschluss ihres Studiums der Bereitschaftspolizei zugewiesenen Kolleginnen und Kollegen auf die zukünftigen Aufgaben, aber auch ihre späteren Aufgaben in den Alarmhundertschaften des Einzeldienstes vorzubereiten, nahmen diese an vierwöchigen

Basisseminaren teil. LPP Nedela besuchte die Abschlussübung der I. HBPA und lies sich dabei überzeugen, dass nicht die BFE'en, sondern auch die Einsatzeinheiten mit ihrer Professionalität unverzichtbarer Teil der hessischen Polizei sind.

Die gezeigte Übung war zweigliedrig gestaltet und hatte einen Aufmarsch „rechts“ mit Gegenaktionen „links“ zum Anlass.

Zunächst wurde die Kontrolle eines Reisebusses gezeigt.

Diese wurde durch die Beamtinnen und Beamten sorgfältig abgearbeitet.

In einem zweiten Teil formierten sich die „Störer“ zu einem Demonstrationszug mit Kundgebung.

Hierbei zeigte sich das perfekte Zusammenspiel der Kräfte bei der Seitenbegleitung des Zuges, sowie die reibungslose Zusammenarbeit mit Kräften der BFE, die nach begangenen Straftaten Festnahmen tätigten und so die Ba-

sis-Züge in ihrer Arbeit unterstützen.

Aber auch „linksmotivierte“ Aktionen mussten abgewehrt werden. So musste eine „linke“ Sitzblockade in der Aufzugsstrecke aufgelöst werden. Diese physische Beanspruchung in Schutzausstattung war für die Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Wochen mehrfach trainiert worden und wurde nun professionell umgesetzt.

Roland Kramer
BZG-Bereitschaftspolizei

5. Fahrsicherheitstraining in Hünstetten

Nach einigen organisatorischen Hinweisen zum Trainingsgelände und dessen Nutzung sowie Vollkaskoschutz für die Autos der Teilnehmer ... baten Dirk Ramachers und sein Kollege Thomas Hintersehr erst einmal zur Theorie.

Richtig im Auto sitzen, richtig Lenken und Informationen zu den elektronischen Hilfstechiken moderner Autos waren die Grundlagen für die Bewältigung des Slalomparcours.

Nach einer Mittagspause mit rustikaler Verpflegung ging es zu den Bremsübungen. Auf trockener Fahrbahn, unterschiedlich griffigen Fahrbahnbelägen und zum Schluss auf glatter Fahrbahn, natürlich erst einmal wieder nach einigen theoretischen Instruktionen. Hier war vor allem sehr beeindruckend die Vorführung der Instruktionen zu den



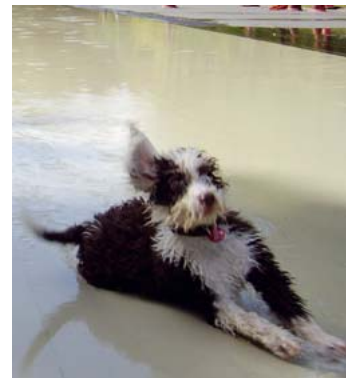
Teilnehmer des 5. Seminars.

Bremswegen. Bremsen bei 30 km/h ca. sieben Meter bis zum Stillstand. Die Pylone stand dort (das damit simulierte Kind hätte überlebt).

Dann das Gleiche lediglich mit 10 km/h mehr, also 40 km/h, das Kind hätte kaum mehr

Überlebenschancen. Ich überlege seitdem in 30er-Zonen sehr genau, ob es sich lohnt, die paar Stundenkilometer schneller zu fahren.

Wir haben gesehen, etwas mehr Sicherheit im Straßenverkehr ist keine Hexerei. Das sah



Auch der Hund des Ausbilders nahm an den Bremsübungen teil.

der Hund von Dirk wohl ähnlich und übte auch das Bremsen mit vorgestreckten Pfoten auf dem bewässerten Glattbelag.

Auch im nächsten Jahr wird die GdP im Rahmen des Seminarangebotes Fahrsicherheitstrainings anbieten. **Jörg Schumacher**

JUNGE GRUPPE

Seminar: Spurensicherung

Die JUNGE GRUPPE Hessen veranstaltet am 7. und 8. November in Zella das Seminar: „Fingerprints and more . . .“

Seminarablauf:

1. Tag: Spurenkunde/Spurensicherung

- Spurenkunde,
- erste Maßnahmen am Tatort,
- Spurensicherung (Methoden, Mittel, Auswertung),
- rechtliche Problematik bei DNA.

2. Tag: Vernehmung

- Rechtliche Grundlagen,
- Zeugenvernehmung/Beschuldigtenvernehmung,
- Sonderfall Kinder,
- Vernehmungstaktiken, -techniken,
- Verbotene Vernehmungsmethoden.

Es sind noch wenige Restplätze vorhanden.

Interessierte Mitglieder mel-

den sich bitte umgehend bei der GdP (Tel. 06 11/9 92 27-0).

ES VERSTARBEN

Rudolf Beholtz
Kreisgruppe
Waldeck/Frankenb.
Erich Feldung
Udo Grebeldinger
Irmgard Linnert
Kreisgruppe Kassel
Willi Meyer
Kreisgruppe HBP Kassel

Ralf Rhein
Willi Knieriem
Kreisgruppe Darmstadt
Horst Schulz
Kreisgruppe Polizeischule
Peter Sperlich
Kreisgruppe
Limburg/Weilburg

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

- **Tarif- und Gehaltsverhandlungen – jetzt!**
- **Keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit!**
- **Faktorisierung der Schichtarbeit!**